

Zunächst wurden das 2. Änderungspapier und das 3. Änderungspapier zum Entwurf des Haushaltsplanes 2023 behandelt. Dazu wurden keine Fragen gestellt.

Die Verwaltung hat die Änderungsanträge zum Entwurf des Haushaltsplanes 2023 mit den jeweiligen finanziellen Auswirkungen in einer Synopse zusammengefasst. Die Synopse mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen sowie den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses sind der Niederschrift als Anlage beigefügt. Über die einzelnen Anträge wurde wie folgt abgestimmt:

Zu laufender Nummer 1

Zu Produkt 01-02-02, sonst. ordentliche Aufwendungen, Kürzung Ansatz Fortbildungskosten

Herr Herfeldt erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wolle, da sie die Mittel für Fortbildungen für das gute Funktionieren der Verwaltung als wichtig ansähe.

Mehrheitlich beschlossen

(9 Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen u FDP – 7 Nein-Stimmen von CDU – Enthaltung von Aufbruch!)

Zu laufender Nummer 2

Zu Produkt 01-12-01, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Kürzung des Ansatzes um 20.000 EUR

Einstimmig

Zu laufender Nummer 3

Zu Produkt 01-12-01/09-00031, PV-Anlage Rathaus

Einstimmig angenommen mit dem Vorschlag der Verwaltung

Zu laufender Nummer 4

Zu Produkt 01-12-03 Personalaufwendungen, Einrichtung neue Stelle Energiemanagement (EG 12)

Einstimmig bei einer Enthaltung (Aufbruch!)

Zu laufender Nummer 5

Zu Produkt 01-12-03 Personalaufwendungen, Einrichtung neue Stelle „Elektroingenieur_in“ (EG 12)

Einstimmig

Zu laufender Nummer 6

Zu Produkt 14-01-01 Personalaufwendungen, Einrichtung neue 0,5 Stelle „Klimaschutz-Management“ (EG 12)

Einstimmig

Zu laufender Nummer 7

Produkt 02-02-01 Personalaufwendungen, Streichung zusätzliche Stelle 1.01.10/27 „Sachbearbeiter/in (SOD Koordination)“

Herr Lienesch sagte, dass im HADI erklärt worden sei, warum die Stelle wichtig sei und man sei in der CDU-Fraktion der Ansicht, dass diese Stelle zur Koordination wichtig sei.

Herr Düßdorf vertrat die Meinung, dass eine solche Koordination auch in einem Team erfolgen könne.

Mehrheitlich beschlossen

(10 Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Aufbruch! – 7 Nein-Stimmen von CDU)

Zu laufender Nummer 8

Produkt 03-01-01 Grundschulen, Finanzielle Auswirkungen OGS-Beitragstabelle gem. JHA Entwurf

Einstimmig

Zu laufender Nummer 9

Produkte 03-03-01, 03-04-01, 03-05-01, 03-09-01 Weiterführende Schule, Mittel für Digitale Lehrbücher

Herr Gross bekräftigte hier, dass die Schulen konsequenterweise mit der entsprechend richtigen Technik ausgestattet werden sollten.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 10

Produkt 05-03-02 Transferaufwendungen, Quartierssozialarbeit in Niederpleis Engelsgraben

Einstimmig

Zu laufender Nummer 11

Produkt 06-02-02 Transferaufwendungen, Befristeter Energie- und Inflationszuschuss in 2023 für offene Kinder- und Jugendarbeit

Herr Gleß betonte, dass bei einem befristeten Energie- und Inflationszuschuss beachtet werden, müsse dass bei der Begründung der Inanspruchnahme aufgepasst werden müsse, wie die höheren Kosten begründet würden, da diese Kinder- und Jugendarbeit überwiegend in städtischen Gebäuden stattfinden würde und die Energiekosten von der Stadt übernommen würden, nicht von den freien Trägern. Daher könne bei der Begründung nicht auf die Energiekosten allein abgestellt werden.

Frau Machein brachte ins Spiel, dass die Overhead-Kosten der Verwaltungsräume der freien Träger dort anzusetzen, Mietkosten oder Energiekosten. Eine andere Überlegung könne es sein, die Kosten für den Kraftstoff der Fahrzeuge der freien Träger einzubeziehen.

Herr Lienesch bemerkte, dass aufgrund der Inflation teurer gewordene Sachmittel als Grund angeführt werden könnten.

Herr Metz sagte, dass es wichtig sei, dass die Mittel aus dem Stärkungspakt in dem Produkt ‚Soziales‘ eingestellt seien. In dem entsprechenden Produkt für die Kinder- und Jugendarbeit solle ebenfalls Geld in dieser Höhe vorhanden.

Herr Rupp sagte zu, dass die beiden betreffenden Träger berücksichtigt würden, wenn diese ihren Antrag stellen würden, dass man diese Mittel allerdings nicht über viele

verschieden Produkte streuen würden.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 12

Produkt 06-02-02/05-00036 Kinder-Spiel und Bolzplätze, Reparatur, Planung u Neubau Skater-Anlage

Herr Herfeldt sagte, dass es ihm nicht möglich erscheine, die Summen mit in den Haushalt aufzunehmen, da diese noch nicht beziffert seien.

Herr Lienesch sagte, dass von einem Journalisten in der Presse-Berichterstattung zu diesem Sachverhalt unglücklicherweise eine Fehl-Information verbreitet worden sei. Bei einem Ortstermin mit der zuständigen Landesministerin mit dem Bürgermeister und ihm, Sascha Lienesch, sei seitens der Ministerin eine Zusage getroffen worden für die Förderung des Neubaus der Skater-Anlage, als Ankündigung für den Landeshaushalt 2024, allerdings ohne diese Förderung in der Höhe genau oder klar zu beziffern. Von dem Journalisten sei die Zahl von 500.000 EUR, die der Neubau kosten könnte, mit dieser Zusage der Ministerin in der Berichterstattung verknüpft worden, dass fälschlicherweise der Eindruck entstanden sei, dass die Ministerin Mittel in Höhe von eben 500.000 EUR bereits fest zugesagt habe. Dies würde auch nun sehr bedauert.

Frau Jung kritisierte, dass dies aber auch seitens der Stadt nicht dementiert worden sei.

Herr Metz fragte, worum es bei den hier vorgeschlagenen 100.000 EUR ginge und ob das Ersatzbeschaffungen seien.

Der Bürgermeister sagte, dass seitens des Landes eine schriftliche Bestätigung nicht vorläge. Es sei wichtig zu betonen, dass so etwas mdt. 500.000 EUR kosten würde. Man wisse zu diesem Zeitpunkt nicht, in welcher Höhe die Stadt Mittel vom Land erhalten werde. Es könnte sein, dass die Differenz darüber hinaus, also für den Bau einer neuen Anlage, von der Stadt übernommen werden müsse. Im ersten Halbjahr soll eine Instandsetzung erfolgen. Unter Beteiligung auch der Jugendlichen wolle man ein Konzept erarbeiten. Auf Basis dieses Sachstands können man einen Förderantrag stellen und einen Eigenanteil festlegen. Bei den Haushaltsdebatten für 2024 würde dies dann wieder eine Rolle spielen, der Jugendhilfeausschuss solle ebenfalls beteiligt werden.

Herr Gleiß führte aus: In der nächsten Sitzung des JHA würde durch die Fachverwaltung eine Vorstellung der aktuellen Planungen betreffend einer neuen Anlage zu erläutern.

Herr Rupp erklärte, dass die hier in Rede stehenden 100.000 EUR für die Planung aufgebracht werden sollten. Für die Ersatzbeschaffung der Half-Pipe würde vorgeschlagen, Mittel aus dem Jahr 2022 zu verwenden. Für den Fall einer Förderung in 2023 würde zudem vorgeschlagen, eine Zweckbindung zu veranlassen. Wenn man

hier dieses Jahres Mittel bekäme, könnten diese auf der Ausgaben-Seite verausgabt werden.

Herr Metz fragte, ob Planungskosten sich schon aktivieren ließen, wenn in diesem Jahr noch kein Förder-Bescheid vorliegen würde.

Herr Rupp sagte, dass es nicht schädlich für die Förderung sei, wenn mit der Planung bereits begonnen würde. Es gäbe hier eine entsprechende Aussage der Ministerin.

Herr Knülle wand ein, dass er bezweifele, dass eine Ministerin bis ins Detail in derartige Sachverhalte eingearbeitet sei.

Herr Richter sagte, dass man Vorsicht walten lassen sollte, wenn es um die Ankündigung von Fördergeldern ginge. Eine Förderung sollte geklärt sein, bevor mit einer Planung begonnen würde.

Herr Gleß erwiderte, dass dies tatsächlich geklärt sein müsse. Die Vorstellung der neuen Planungen würde am 7. März durch Herrn Germscheid erfolgen. Es brauche erst eine Klärung im Hinblick auf Förderung.

Herr Lienesch sagte, dass hier nicht beschlossen würde, Geld auszugeben für ein Planungsbüro oder Ähnliches. Es sei zunächst nur beabsichtigt, eine Haushaltsposition einzustellen, sodass mit Planungen begonnen werden könne.

Herr Rupp sagte, dass es vorrangig um die Half-Pipe ginge. Daher müsse Geld aufgewendet werden für Reparaturen und für Planung einer neuen Half-Pipe.

Herr Gleß ergänzte, dass diese genannten Reparaturen ebenfalls in der nächsten Sitzung des JHA erörtert werden. Die Half-Pipe sei leider nicht reparatur-fähig. Die Ersatzbeschaffung würde durch Mittel aus dem Jahr 2022 finanziert.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 13

Produkt 06-02-02/05-00036 Kinder-Spiel und Bolzplätze, Erhöhung Ansatz für Maßnahmen des Spielplatzentwicklungskonzeptes um 25.000 EUR

Einstimmig

Zu laufender Nummer 14

Produkt 06-02-02/0500NEU Offene Kinder- und Jugendarbeit, Einstellung 30.000 EUR für Doppelgarage Cafe Leger

Herr Lienesch brachte ins Spiel, dass der Ansatz auf 35.000 EUR erhöht werden könnte, entsprechend dem Hinweis der Verwaltung.

Herr Gleß sagte, dass es sicherer wäre, hier hochzugehen, wenn eine Doppelgarage realisiert werden sollte. Eine Möglichkeit könnte es ebenfalls sein, Überseecontainer ins Auge zu fassen. Solche Fragen sollten mit Hotti abgeklärt werden.

Herr Rupp sagte, dass Überseecontainer schneller zu realisieren wären.

Herr Knülle fasste schließlich zusammen, dass der Ansatz bei 30.000 EUR bleiben solle.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 15

**Produkt 09-03-01 Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen, 20.000 EUR
Planungskosten Radpendlerroute und weitere Lärberechnungen**

Einstimmig

Zu laufender Nummer 16

**Produkt 12-01-01 Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen, Sanierung von
Straßen um 200.000 EUR anheben**

Einstimmig

Zu laufender Nummer 17

Produkt 12-01-01/07-00335 Langstellplätze Bachstraße

Einstimmig

Zu laufender Nummer 18

**Produkt 12-01-01 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Umrüstung
Straßenbeleuchtung auf LED (jährlich 200.000 EUR)**

Herr Herfeldt fragte, ob es von der Stadt leistbar ist, diese 200.000 EUR tatsächlich zu verausgeben.

Herr Kallenbach bejahte das.

Frau Jung fragte, warum dies nicht investiv sei.

Herr Rupp sagte, dass im Rahmen der Erst-Bilanzierung Straße mit Straßenbegleitgrün etc. alles in einem Vermögensgegenstand dargestellt worden sei.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 19

Produkt 12-04-01 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Bereitstellung von jährlich 15.000 EUR für Ausrüstung DFI-Light-Anzeigern

Frau Schmidt fragte, ob hier nicht eher die Verkehrsbetriebe zuständig seien.

Herr Gleß bestätigte dies, dass also die Stadt nicht zuständig seien.

Herr Kallenbach informierte in diesem Zusammenhang, dass derzeit ein Pilotprojekt durchgeführt würde. Das aktuelle System würde ersetzt werden durch ein kreisweites neues System, da das aktuelle sich nicht bewährt habe.

Antrag zurückgezogen wegen Nicht-Zuständigkeit

Zu laufender Nummer 20

Stelle Neueinrichtung „Erschließungsverträge“ bei FD 6/10

Herr Trübenbach sagte, dass aus unterschiedlichen Gründen bei dem Fachbereich 6 ein erhöhter Arbeitsaufwand festzustellen sei, die Erschließungsverträge hätten bisher bei der ZV gelegen und würden künftig bei dem FB 6 erledigt werden. Zudem würde ein Vertragscontrolling durchgeführt. Es würde aus mehreren Gründen der Verwaltungsaufwand steigen. In der Planung habe man derzeit eine Stelle für die Verwaltung. Dies sei im Verhältnis zu der Anzahl der Techniker zu wenig. Daher warne man hier davor, diesen Antrag zu beschließen.

Herr Metz sagte, dass der Übergang der Aufgaben in Zusammenhang mit Erschließungsverträgen zu FB 6 Sinn ergäbe. Es würde nur nicht gelten gelassen werden, dass die Stelle bei der ZV dann bestehen bleiben solle. Es sei nicht überzeugend, dass die Aufgaben dort abwanderten, der Personalbedarf gleich bleiben

solle.

Der Bürgermeister erwiderte, dass die Arbeit insgesamt mehr geworden sei, bspw. bei dem Thema Investorenauswahlverfahren, Ausschreibung KiTa Schützenweg. In Summe sei mehr Arbeit da. Dafür brauche es diese zusätzliche halbe Stelle. Die Aufgaben seien dann insgesamt zudem klarer zugeordnet.

Frau Schmidt erklärte, dass sie sich schwer damit tue, bei der Belastung der Verwaltung Stellen oder halbe Stellen wegzunehmen.

Herr Gleß erklärte, dass der aktuelle Stelleninhaber diese Aufgaben über viele Jahre immer weiter ‚mit sich herumgeschleppt habe‘, bei dem Bereich Tiefbau, bei dem Gebäudemanagement und später ZV und dass die Begründung etwas anders hätte ausfallen müssen. Die klare Trennung nach Bereichen hätte bereits früher und klarer ausfallen sollen. Wie von Frau Schmidt angesprochen hätte die Begründung stärker auf die steigende Arbeitsbelastung für Verwaltungskräfte im Technischen Bereich abstellen müssen. Vielleicht könne die Beschlussfassung bzw. -empfehlung hier zunächst zurückgestellt werden.

Frau Haarmann sagte zu, dass sie bis zur Ratssitzung am darauffolgenden Tag etwas Schriftliches vorbereiten würde, dass zur Erklärung beitragen würde und belastbar sei.

Antrag wurde zunächst zurückgestellt.

Zu laufender Nummer 21

Schaffung eines Teams „Prozessanalyse und –optimierung“ im Bereich IT und Organisation

Der Bürgermeister erklärte, dass man sich in der Verwaltung hier beratschlagt habe und dass man dem Vorschlag der Zentralisierung in der IT hier Einiges abgewinnen könne und diesem Vorschlag der Kooperation folgen wolle.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 22

Globaler Minderaufwand:

Der globale Minderaufwand für das Jahr 2023 wird an den Bedarf entsprechend der Beschlussvorschläge angepasst, der EK-Verzehr soll hierbei unter 5 % bleiben.

Ab 2024: 800.000 EUR pro Jahr

Einstimmig

Zu laufender Nummer 23

Produkt 14-01-01 Natur- und Umweltschutz, 20.000 EUR Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei Kauf von Balkon-Solaranlage

Herr Metz fragte, wieso dies eine Investition sein solle.

Herr Rupp erklärte, dass derjenige, der eine solche Anlage errichte eine Investition durchführe und ein Zuschuss hierzu würde investiv gebucht.

Frau Seild erklärte, dass es auch in anderen Bereichen entsprechende Zuschüsse zu Investitionen durch die Stadt erfolgen würden und in der Bilanz als Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt würden.

Herr Metz fragte, ob es tatsächlich Sinn ergäbe seitens der Stadt ein solches Programm aufzulegen und ob die Verwaltung ausreichend Personal dafür habe.

Herr Gleß antwortete, dass man dies ausprobieren müsse. Man könne diesen Weg gerne gehen und dies bewerben. Die genauen inhaltlichen Regularien müssten natürlich noch festgelegt werden, bspw. im Hinblick darauf dass nicht noch mehrere andere Fördertöpfe in Anspruch genommen würden.

Herr Rupp ergänzte, dass hierzu entsprechende konkrete vertragliche Regelungen getroffen werden müssten, im Hinblick darauf, dass Zuschüsse evtl. zurückgezahlt werden müssten.

Frau Jung sagte, dass dieser Antrag kurzfristig gekommen sein und dass sie viele weitere Informationen dafür benötige. Diese Aufgabe könne doch eben eher von der Energie-Agentur übernommen werden. Daher falle es hier schwer positiv zu beschließen.

Herr Lienesch erwiderte, dass dies als Anstoß zu einem Modell-Projekt gedacht sei. Es solle einen Impuls gesetzt werden, dass die Bürger daran teilhaben können. Der Antrag sei inhaltlich noch unbestimmt. Eine Kooperation mit den Stadtwerken sei möglich.

Herr Gleß schlug vor, dass das Geld in Höhe von 20.000 EUR eingestellt werden solle und mit einem Sperrvermerk versehen werden könne. An die Verwaltung würde der Auftrag ergehen, mit Überlegungen an den Fachausschuss heranzutreten.

Herr Düßdorf betonte, dass klar sein müsse, welcher bürokratische Aufwand mit der Umsetzung verbunden sei.

Herr Dr. Klöckener sagte, dass mit einem solchen Programm einzelnen Personen

Geschenke gemacht würde. Dies sei nicht verantwortbar. Die Schulden, die hier beschlossen würden, würden von künftigen Generationen getragen. Im Sinne einer Generationengerechtigkeit müsse eher daran appelliert werden, zu sparen. Es gäbe neben den ‚Balkon-Kraftwerken‘ noch viele andere Möglichkeiten zum Klima-Schutz.

Herr Richter tat kund, dass dies eher der falsche Ansatz sei und zudem sehr praxisfern sei. Hier würde nach dem Gießkannen-Prinzip ‚ins Blinde‘ gefördert. Dies würde an den Förder-Zweck vorbeigehen. An einen Bürger würden somit 200 EUR Zuschuss gezahlt, ohne dass dieser Betrag nun ausschlaggebend dafür sei, dass der Bürger überhaupt eine solche Anlage erwerbe.

Herr Knülle sagte, dass die Initiative hier eher von den Stadtwerken als größeres Projekt ausgehen könnte.

Herr Lienesch bemerkte, dass eine Sozialkomponente mit eingebaut werden könnte. Genauere Regelungen und Überlegungen könnten somit gemacht werden. Daher würde die Sichtweise betreffend ‚Gießkannen-Prinzip‘ nicht geteilt.

Frau Jung beklagte sich, dass die Anträge der CDU viel zu spät kommen und schlecht begründet seien. Dies sei sehr ärgerlich. Die soziale Komponente habe sie nicht gelesen. Sankt Augustin habe zudem einen großen Schuldenberg. Daher sollte hier nicht Geld einfach verschenkt werden. Für den nächsten Antrag betreffend Lastenfahrrad gelte dies ähnlich. Wenn dies ein Pilotprojekt sei, dass hätte dies klarer so benennen können. Der damit zusammenhängende bürokratische Aufwand sei enorm.

Herr Bonerath erinnerte an das Programm im Hinblick auf grüne Dächer vor einigen Jahren. Dort habe das Prozedere gut funktioniert.

Herr Metz bemerkte, dass die Zielsetzung anerkannt würde. Seitens der Ampel-Kooperation habe nun dennoch zu wenig Zeit gehabt, sich da in den Fraktionen abzustimmen. Man werde hier dagegen stimmen, da dort noch zahlreiche Bedenken im Raum stünden, die noch zu klären wären. In anderen Kommunen habe es tatsächlich Probleme damit gegeben, dass es Anzeichen gab, dass entsprechende Geräte weiterverkauft worden seien. Daher müsse erst im Fachausschuss beraten werden und dies würde wieder Zeit in Anspruch nehmen.

Frau Schmidt überlegte, dass seitens der Stadt evtl. Beratungsangebote gemacht werden könnten.

Mehrheitlich abgelehnt

(9 Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen u FDP – 7 Ja-Stimmen von CDU – Enthaltung von Aufbruch!)

Zu laufender Nummer 24

Produkt 14-01-01 Natur- und Umweltschutz, 20.000 EUR Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei Kauf von E-Lasten-Rädern

Herr Metz bemerkte, dass im 3. Änderungspapier Mittel für ein System für den Verleih von Lastenrädern eingestellt worden seien. Dies würde durch die Verwaltung angegangen und könnte ausgebaut werden.

Mehrheitlich abgelehnt

(9 Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen u FDP – 7 Ja-Stimmen von CDU – Enthaltung von Aufbruch!)

Zu laufender Nummer 25

Produkt 12-01-01 Straßen, Wege, Plätze, Aufstockung Mittel für Bordsteinabsenkungen

Herr Metz sagte, dass man die Wichtigkeit der Bordsteinabsenkungen keineswegs in Zweifel ziehe und seit Jahren als sehr wichtig verfolge. Den entsprechenden Topf für Straßenunterhaltungsmaßnahmen habe man daher entsprechend erhöht, sodass die Fachverwaltung bzw. Fachfirmen, wenn dies im Laufe eines Jahres anfalle, weiter Bordsteinabsenkungen durchführen könnten.

Mehrheitlich abgelehnt

(9 Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen u FDP – 8 Ja-Stimmen von CDU u Aufbruch!)

Zu laufender Nummer 26

Produkt 13-01-01/Inv. 07-F04 Bereitstellung von Grün- und Freiflächen, Erhöhung „Festwert sonstige Grünanlagen II“ auf 125.000 EUR für Baumpflanzungen

Herr Metz bat um eine Stellungnahme der Verwaltung. Es stelle sich die Frage, wofür hier genau Geld ausgegeben würde, eher Bäume im Straßenraum oder woanders und ob dies als sinnvoll eingeschätzt würde.

Herr Gleß antwortete, dass je mehr Geld verfügbar sei für den Aufkauf von Flächen, desto leichter könne disponiert werden, je mehr Geld, desto besser hier. Daher sei eine Erhöhung hier sinnvoll.

Herr Heistermann bemerkte, dass man für 25.000 EUR doch nur eine sehr übersichtliche Ausgleichsfläche erwerben könne.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 27

Produkt 13-02-01/06-00009 Land- und Forstwirtschaft, Aufstockung Mittel Ankauf Flächen Baumbepflanzung

Mehrheitlich abgelehnt

(9 Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen u FDP – 8 Ja-Stimmen von CDU u Aufbruch!)

Zu laufender Nummer 28

Produkt 05-03-02 Integration und Sozialplanung, Aufstockung Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Frau Jung lobte diesen Antrag, da die Aufwandsentschädigung bisher beschämend niedrig sei.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 29

Produkte 03-03-01, 03-04-01, 03-05-01, 03-06-01, 03-09-01 Schulträgeraufgaben Sek 1, Zuschuss Finanzierung von Menstruationsartikeln – einmalig 4.000 EUR im Haushaltsjahr 2023

Frau Jung fragte, ob dies nicht aus den Schul-Budgets bezahlt würde.

Frau Dedenbach bejahte dies. Hier seien die entsprechenden Spender gemeint. Das Anbringen solcher Spender wurde bisher von den Schulen kritisch gesehen, da man befürchte, dass diese evtl. missbräuchlich benutzt oder zerstört würden.

Herr Lienesch sagte, dass es an der Fritz-Bauer-Gesamtschule ein Modellprojekt gäbe und dieses positiv gesehen werde. Für die Installation der Spender wolle man daher nun einmalig für ein Jahr Geld bereitstellen, dann bei den anderen Schulen entsprechend.

Herr Metz äußerte Zweifel an dem Vorgehen, ob sich dieser Ausschuss tatsächlich damit befassen solle. Ab 2024 könne dies über die Schul-Budgets passieren.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 30

Produkt 06-03-02 Jugendamt, Einrichtung 0,5 Stelle zur Entwicklung und Umsetzung des „Kommunalen Handlungskonzeptes Prävention und Armutsbekämpfung“

Herr Herfeldt sah in dem Programm einen wichtigen Baustein zur Armutsbekämpfung. Daher wolle man mehr Prävention vor Ort unterstützen und eine solche Stelle einrichten.

Frau Machein erklärte, dass FB 5 die Stelle bereits im ‚Hinterkopf‘ verortet habe. Die konkrete Ausgestaltung erfolge erst mit der Besetzung der Stelle.

Einstimmig

Zu laufender Nummer 31

Produkt 05-03-01 Transferaufwendungen, Befristeter Energie- und Inflationszuschuss für den Betrieb der Sankt Augustiner Tafeln

Es bestand Einigkeit, dass so verfahren wird wie bei lfd. Nummer 11

Herr Rupp sagte zu, dass die Auswirkungen der an diesem Abend gefassten Beschlussempfehlungen auf die zusätzlichen Kreditaufnahmen sowie die Änderungen der Tilgung durch Maßnahmen aus der Synopse und die Zinsen für Investitionskredite entsprechend nochmals angepasst würden.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2023 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung des 1., 2. und 3. Änderungspapiers der Verwaltung sowie der in der Sitzung des Finanzausschuss am 08.02.2023 empfohlenen Änderungen.

Einstimmig